

39

Außerordentliche Ministerratssitzung**Samstag, 7. Juli 1951**

Beginn: 8 Uhr 30

Ende: 9 Uhr 30

Anwesend: Stv. Ministerpräsident und Innenminister Dr. Hoegner, Wirtschaftsminister Dr. Seidel, Landwirtschaftsminister Dr. Schlögl, Staatssekretär Dr. Oberländer (Innenministerium), Staatssekretär Dr. Koch (Justizministerium), Staatssekretär Dr. Ringelmann (Finanzministerium), Staatssekretär Dr. Guthsmuths (Wirtschaftsministerium), Staatssekretär Maag (Landwirtschaftsministerium), Staatssekretär Krehle (Arbeitsministerium), Oberregierungsrat Dr. Knöringer¹ (Finanzministerium).

Entschuldigt: Ministerpräsident Dr. Ehard, Justizminister Dr. Müller, Kultusminister Dr. Schwalber, Finanzminister Zietsch, Arbeitsminister Dr. Oechsle, Staatssekretär Dr. Nerreter (Innenministerium), Staatssekretär Dr. Brenner (Kultusministerium).

Tagesordnung: I. Erweiterung des Truppenübungsplatzes Hammelburg. II. [Staatssekretär a.D. Jaenicke]. [III. Haushaltsplan]. [IV. 50-Jahrfeier der Karlsruher Rheinhäfen].

I. Erweiterung des Truppenübungsplatzes Hammelburg²

Stv. Ministerpräsident *Dr. Hoegner* gibt bekannt, der Herr Ministerpräsident habe ihn gebeten, für heute eine außerordentliche Ministerratssitzung einzuberufen, nachdem am Freitag Abend ein Fernschreiben der Dienststelle Blank, unterschrieben von Herrn Blank selbst, eingetroffen sei, wonach das Büro der amerikanischen Hohen Kommissare mitgeteilt habe, daß EUCOM die vorgeschlagenen Gelände bei Bad Orb, Wildflecken und Hohenfels nicht gebilligt habe. EUCOM wünsche den sofortigen Zusammentritt einer Kommission zur Festlegung der Grenzen des neuen Übungsplatzes. Herr Blank bitte deshalb die Beauftragten des bayerischen Regierung, mit dem erforderlichen Material am Dienstag, den 10. Juli, nach Gemünden zu kommen.³

Er habe gestern Abend noch mit Herrn Landtagspräsidenten Dr. Hundhammer und dem Vorsitzenden des Zwischenausschusses, Herrn von Prittwitz,⁴ gesprochen und beantragt, den Zwischenausschuß für Mittwoch, den 11. Juli, nachmittags 3 Uhr, einzuberufen;⁵ am Vormittag des gleichen Tages um 9 Uhr solle außerdem eine Besprechung der Koalitionsparteien stattfinden.

Heute müsse wohl zunächst die Frage geklärt werden, ob der Ministerrat geheimgehalten oder eine Mitteilung an die Presse herausgegeben werden solle.

Der Ministerrat beschließt, das Ergebnis der außerordentlichen Sitzung der Presse mitzuteilen.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Hoegner* fährt fort, als er von dem Fernschreiben gehört habe, sei er zunächst der Meinung gewesen, die bayerische Regierung solle jede Beteiligung ablehnen und auch keine Vertreter entsenden. Der Herr Ministerpräsident sei ursprünglich der gleichen Auffassung gewesen, sie hätten sich dann

1 Dr. jur. Emil Knöringer (1908–2004), Jurist, 1928–1932 Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten München, Greifswald und Würzburg, 1933 Promotion, 1936 Große Juristische Staatsprüfung, 1936–1945 Beamter im Heeresverwaltungsdienst, laut Mitteilung des öffentlichen Klägers bei der Spruchkammer Rosenheim-Land vom 21. 4. 1948 vom BefrG nicht betroffen (Weihnachtsamnestie), 21. 6. 1948 Eintritt in das Bayer. Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung im Angestelltenverhältnis, 14. 12. 1948 Abordnung an das StMF, dort 17. 5. 1950 Übernahme in das Beamtenverhältnis, 1. 10. 1950 ORR, 6. 6. 1951 Beamter auf Lebenszeit, 1. 2. 1953 RegDir, 1. 12. 1955 MinRat u. Referent für den staatlichen Hochbau, den sozialen Wohnungsbau und den Staatsbedienstetenwohnungsbau, 1. 1. 1972 Abordnung an die Bayer. Staatsschuldenverwaltung als kommissarischer Leiter, 1. 4. 1972 Präsident der Bayer. Staatsschuldenverwaltung, Ruhestandsversetzung zum 1. 12. 1973.

2 Vgl. Nr. 31 TOP IV, Nr. 33 TOP IX, Nr. 34 TOP III, Nr. 35 TOP VII, Nr. 36 TOP V, Nr. 38 TOP III.

3 Fernschreiben von Theodor Blank an MPr. Ehard, 6. 7. 1951 (StK 15115). Die Gelände bei Bad Orb, Wildflecken und Hohenfels waren aus militärischen Gründen von der EUCOM (*European Command*) abgelehnt worden.

4 Zur Person s. die Einleitung S. XLIX.

5 Der Stenographische Bericht dieser Sitzung des Zwischenausschusses vom 11. 7. 1951 ist als Anlage II enthalten in StB. I.

aber beide bei reiflicher Überlegung doch dazu entschlossen, zwar keine Mitglieder des Kabinetts, aber die zuständigen Referenten nach Gemünden zu entsenden.

Oberregierungsrat *Dr. Knöringer* fügt hinzu, er sei gestern Abend ebenfalls noch von Bonn angerufen worden; die Dienststelle Blank wünsche vor allem die Beteiligung des Landwirtschaftsministeriums, der Landesplanungsstelle und der zuständigen Landräte. Am 10. Juli sollten die Landräte von Gemünden und Hammelburg, am 11. Juli diejenigen von Karlstadt, Bad Kissingen und Schweinfurt anwesend sein.

Der Ministerrat beschließt einstimmig, die Referenten der beteiligten Ministerien zu entsenden und zwar *Dr. Stumpf*⁶ vom Staatsministerium der Finanzen, *Dr. Kurtz*⁷ vom Staatsministerium für Wirtschaft, Landesplanungsstelle, und vom Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Regierungsdirektor *Franz Müller*.⁸

Stv. Ministerpräsident *Dr. Hoegner* erklärt ausdrücklich mit Zustimmung des Kabinetts, die Referenten hätten lediglich die Aufgabe, die angeordneten Maßnahmen zur Kenntnis zu nehmen und in einzelnen Fällen zu versuchen, zu Gunsten der betroffenen Bevölkerung Verbesserungen zu erreichen. Über eine Art technischer Beratung hinaus dürften sie aber nicht tätig werden, insbesondere sei es ihnen untersagt, an Beschlüssen usw. mitzuwirken.

Davon abgesehen käme man natürlich um einen Protest bei der Bundesregierung nicht herum, außerdem müsse man nochmals, wie es der Herr Ministerpräsident bereits getan habe, ausdrücklich feststellen, daß jede Beteiligung an Zwangsmaßnahmen abgelehnt werde.

Der Ministerrat beschließt sodann, die beteiligten Landräte zu den Besprechungen einzuladen, wobei die Verständigung durch das Staatsministerium für Wirtschaft erfolgen solle.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Hoegner* stellt dann die Frage zur Debatte, ob Polizeikräfte bereitgestellt werden sollten.

Staatssekretär *Maag* meint, er habe in einer Reihe von Versammlungen gesprochen und den Eindruck gewonnen, daß man vernünftig mit der Bevölkerung reden könne, nur dürfe man nicht unüberlegte Äußerungen machen. Vielleicht sei es aber doch zweckmäßig, für alle Fälle unauffällig Polizei bereitzustellen.

Staatsminister *Dr. Seidel* stimmt zu und regt an, die Polizeikräfte außerhalb Gemündens zusammenzuziehen, sie aber nur in Erscheinung treten zu lassen, wenn wirklich etwas passiere. Im übrigen halte er es für sehr zweckmäßig, daß die Landräte anwesend seien, damit sie sich selbst überzeugen könnten, welche Pläne die Besatzungsmacht tatsächlich habe.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Hoegner* erklärt dann, er werde heute noch den Präsidenten der Landpolizei⁹ verständigen und veranlassen, daß ca. 100 Mann Landpolizei in der Nähe von Gemünden, und zwar in mehreren Waldstücken, bereitgestellt würden. Wenn die Amerikaner MP dabei hätten, solle diese zunächst in Erscheinung treten, erst wenn sie nicht ausreiche, dürfe die Landpolizei einschreiten.

Staatsminister *Dr. Seidel* begrüßt diese Maßnahme und stellt fest, daß die deutsche Polizei nur zum Schutz der Bevölkerung eingreifen dürfe.

6 Nicht ermittelt.

7 In der Vorlage irrtümlich „Dr. Kurz“. – *Dr. rer. pol. Bernhard Kurtz* (geb. 1913), Dipl.-Volkswirt, 1932–1936 Studium der Nationalökonomie an der Universität Erlangen, 1936 Promotion, 1. 10. 1936 bis 28. 2. 1951 Angestellter bei der Regierung von MFr. (Bezirksplanungsstelle), laut Bescheid der Spruchkammer Ansbach vom 1. 10. 1946 Einstufung als Mitläufer, 1. 3. 1951 Eintritt in das StMWi, 1. 10. 1951 ORR und Leiter der Landesplanungsstelle im StMWi, 16. 4. 1956 Versetzung an die Regierung von OB (Wirtschaftsabteilung), dort Leiter des Sachgebietes III/2 (u. a. zuständig für Angelegenheiten der Außenwirtschaft, des Warenverkehrs mit West-Berlin, des Versicherungsaufsichtsgesetzes und des Zivilschutzes), später Leiter des Sachgebietes 313 (Verkehrsplanung), 1. 8. 1969 RegDir, Ruhestandsversetzung zum 1. 1. 1977.

8 In der Vorlage irrtümlich „Dr. Franz Müller“. – *Franz Müller* (geb. 1891), 1913 Staatsprüfung für das landwirtschaftliche Lehramt, 1920 Assistent an der Landwirtschaftsstelle Erding, 1922 RR an der Saatuchtanstalt an der Hochschule Weihenstephan, 1939–1942 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, Entlassung aus der Wehrmacht wegen Kriegsverletzung, 1941–1945 Direktor der Bayer. Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz, dort 1943 ORR, NSDAP-Mitglied seit 1937, laut Urteil der Spruchkammer München II vom 9. 2. 1948 vom BefrG nicht betroffen (Weihnachtsamnestie), 1949–1955 Leiter der Unterabteilung Landbau im StMELF, zuletzt als MinRat. Vgl. *Gilch*, Personalbewegung S. 24, 139, 177, 189 u. 334. Weitere Angaben nicht ermittelt.

9 Gemeint ist Michael Freiherr von Godin. Zur Person s. die Einleitung S. CVIII.

Anschließend wird die außerordentlich starke Tätigkeit der Kommunistischen Partei in Hammelburg und in Unterfranken überhaupt besprochen.

Staatsminister *Dr. Schlögl* weist darauf hin, daß die KPD mit Lautsprecherwagen von Ortschaft zu Ortschaft ziehe und die Bevölkerung aufhetze; eine Reihe von führenden Funktionären wäre zur Zeit ständig in Unterfranken.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Hoegner* erklärt, die KPD-Leute könnten auch verhaftet werden, wenn sie strafbare Handlungen begingen.

Staatssekretär *Maag* hält es für notwendig, schon am Sonntag die Ortschaften auf Lautsprecher und sonstige Propagandamittel der KPD zu überwachen. Nach wie vor sei er überzeugt, daß sich die Bevölkerung ruhig verhalten werde, wenn sie nicht einer besonderen Hetze ausgesetzt sei. Was allerdings die Frau Abg. Dr. Probst¹⁰ tun werde, könne er auch nicht sagen.

Der Ministerrat beschließt, die Landpolizei in besprochener Stärke von ca. 100 Mann ab Montag bereitzustellen.

Der Ministerrat beschließt weiterhin, zu der Zusammenkunft in Gemünden am 10. Juli 1951 keine Abgeordneten beizuziehen.

Anschließend wird folgender, in der Presse bekanntzugebender Beschluß gefaßt:

„Die Bayerische Staatsregierung hat mit Befremden davon Kenntnis genommen, daß trotz allen begründeten Vorstellungen nunmehr doch der Truppenübungsplatz Hammelburg von der Besatzungsmacht beschlagnahmt werden soll.

Der Ministerrat hat in seiner heutigen außerordentlichen Sitzung beschlossen, sofort die Einberufung des Zwischenausschusses des Bayerischen Landtags auf nächsten Mittwoch, den 11. Juli, zu beantragen, um die Volksvertretung von der neuen Sachlage in Kenntnis zu setzen.

Die Bayerische Staatsregierung muß für diese von ihr mit allen Mitteln bekämpfte Beschlagnahme, die der beteiligten Bevölkerung unerhörte Opfer auferlegt, jede Verantwortung ablehnen. Sie weist noch mal mit allem Nachdruck darauf hin, daß andere Übungsplätze zur Verfügung gestanden wären, deren Inanspruchnahme für die deutsche Bevölkerung erträglicher gewesen wäre.

Bei dieser Sachlage muß es die Bayerische Staatsregierung ablehnen, ihre Hand zur Durchführung irgendwelcher Zwangsmaßnahmen zu bieten.“¹¹

Staatsminister *Dr. Schlögl* schlägt vor, zusätzlich noch ein Protest-Telegramm an die Bundesregierung abzusenden. Die Bundesregierung, vor allem aber die Dienststelle Blank, habe arglistig gehandelt, einmal, weil die letztere die bayerische Regierung offiziell von den Besprechungen mit den Amerikanern über Truppenübungsplätze nicht in Kenntnis gesetzt habe und dann, weil in leichtfertiger Weise das Bundesernährungsministerium ein Gutachten vorgelegt habe, wonach es sich bei Hammelburg um landwirtschaftliche Böden minderer Qualität handle, was in keiner Weise den Tatsachen entspreche.¹²

Stv. Ministerpräsident *Dr. Hoegner* erinnert daran, daß der Bundeskanzler bei Mr. McCloy gewesen sei und den bayerischen Standpunkt mit Nachdruck vertreten habe. Nach den Meldungen von gestern habe sogar eine gewisse Aussicht auf eine günstige Regelung bestanden.

Staatssekretär *Dr. Oberländer* bestätigt, daß in der letzten Phase der Bundeskanzler alles Erforderliche getan habe, er sei nur zu spät mit der Sache befaßt worden. Er habe sich aber Herrn Blank gegenüber sehr scharf geäußert, der in der Tat ein Vierteljahr lang ohne Bayern verhandelt habe.

10 Zur Person s. Nr. 35 TOP VII Anm. 24.

11 Das von Stv. MPr. Hoegner abgezeichnete Original dieses Communiqués enthalten in StK 15115.

12 Ein solches Gutachten des BML im einschlägigen Akt StK 15115 nicht ermittelt. Hier findet sich im Gegenteil die Abschrift eines geheimen Vermerks betr. Erkundung des großen Truppenübungsplatzes 17×9 km vom 22. 3. 1951 aus dem BML, das dem Hammelburger Gebiet eine gute landwirtschaftliche Bodenqualität bescheinigt.

Oberregierungsrat *Dr. Knöringer* berichtet, das Finanzministerium habe ein großes Memorandum ausgearbeitet und an alle Stellen gegeben.¹³

Staatssekretär *Dr. Oberländer* betont, daß in diesem Zusammenhang auch festgestellt werden müsse, daß der Flüchtlingsausgleich überhaupt keine Fortschritte mache und Bayern sich nach wie vor dagegen wehren müsse, mit 11,8% an dem sog. Uelzener Schlüssel¹⁴ beteiligt zu werden.

Staatsminister *Dr. Schlögl* tritt nochmals dafür ein, ernste Vorstellungen bei der Bundesregierung wegen Hammelburg zu übernehmen, wo man wieder, wie schon so oft, versucht habe, vollendete Tatsachen zu schaffen. Er sei dafür, der Bundesregierung den ganzen Hergang zu schildern und Protest dagegen zu erheben, daß von einer ihrer Dienststellen ohne Wissen der bayerischen Regierung Angebote gemacht worden seien, was man dann nur durch Zufall erfahren habe.

Staatsminister *Dr. Seidel* hält es auch für richtig, eine Denkschrift an den Bundeskanzler zu geben, in der der historische Ablauf festgehalten und die entsprechenden Schlußfolgerungen gezogen werden. Darüber könne man vielleicht im nächsten Ministerrat beschließen, für heute genüge es wohl, einen Durchschlag des soeben gefaßten Beschlusses nach Bonn zu geben.

Der Ministerrat beschließt, so zu verfahren, in das Fernschreiben an den Bundeskanzler, in dem der heutige Beschluß mitgeteilt wird, aber noch folgenden Zusatz aufzunehmen:¹⁵

„Die Bayerische Staatsregierung muß gegen die verspätete Einschaltung Bayerns in die Verhandlungen entschiedene Vorstellungen erheben. Sie behält sich weitere Schritte in dieser Angelegenheit vor.“¹⁶

II. Staatssekretär a. D. Jaenicke¹⁷

Stv. Ministerpräsident *Dr. Hoegner* teilt mit, Herr Staatssekretär a.D. Jaenicke sei bei ihm gewesen und habe auf seine mißliche Lage hingewiesen. Nachdem man schon im letzten Ministerrat einen grundsätzlichen Beschluß gefaßt habe, sei er dafür, nun sobald als möglich die Herrn Jaenicke zustehenden Beträge auszuzahlen.

Staatsminister *Dr. Seidel* schlägt vor, nicht erst einen Vorschuß zu geben, sondern sofort abzuschließen.

Der Ministerrat erklärt sich damit einverstanden, wobei Staatsminister *Dr. Hoegner* Herrn Staatssekretär *Dr. Ringelmann* noch ersucht, am Montag die endgültige Regelung festzulegen.¹⁸

[III.] Haushaltsplan¹⁹

Staatsminister *Dr. Schlögl* erkundigt sich, wann der Etat vorgelegt werde, da er gerne anwesend sein möchte.

Staatssekretär *Dr. Ringelmann* erwidert, er hoffe, daß dies schon in der nächsten Woche der Fall sein könne.²⁰

[IV.] 50-Jahrfeier der Karlsruher Rheinhäfen

Der Ministerrat beschließt, die Bayerische Staatsregierung anlässlich der 50-Jahrfeier der Karlsruher Rheinhäfen durch den Leiter der Obersten Baubehörde, Herrn Ministerialdirektor Fischer, vertreten zu lassen.

Stv. Ministerpräsident und
Staatsminister des Innern
gez.: Dr. Wilhelm Hoegner

13 Gemeint ist aller Wahrscheinlichkeit nach das im Akt StK 15115 mehrfach enthaltene, unsigned und nur einmal nachträglich maschinenschriftlich auf „Juni 1951“ datierte „Memorandum der Bayer. Staatsregierung zur Anlage eines Truppenübungsplatzes bei Hammelburg“ (10 S.).

14 Vgl. hierzu Nr. 37 TOP I/11.

15 S. das Fernschreiben von Stv. MPr. Hoegner an Bundeskanzler Adenauer, 7. 7. 1951 (StK 15115).

16 Zum Fortgang s. Nr. 40 TOP VI, Nr. 46 TOP VI.

17 Vgl. Nr. 1 TOP III/1, Nr. 8 TOP XII/3, Nr. 11 TOP VIII/3, Nr. 13 TOP V/7, Nr. 17 TOP VI/2, Nr. 30 TOP III, Nr. 31 TOP X/7, Nr. 33 TOP VI, Nr. 38 TOP VII/2.

18 Zum Fortgang s. Nr. 40 TOP XI/4.

19 Vgl. Nr. 20 TOP I, Nr. 26 TOP XII.

20 Zum Fortgang s. Nr. 40 TOP VIII, Nr. 42 TOP II, Nr. 43 TOP I, Nr. 52 TOP II u. III, Nr. 54 TOP II, Nr. 75 TOP IV.

Der Generalsekretär des
Ministerrats
Im Auftrag
gez.: Levin Frhr. von Gumpenberg
Ministerialrat

Der Leiter der
Bayerischen Staatskanzlei
gez.: Dr. Karl Schwend
Ministerialdirigent